

01/2008  
**Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt**



»Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen setzen gleiche Bedingungen für die Partner voraus«

Interview mit Projektpartner Mohammed Adam Nashiru Seite 2

Überprüfung der EU-Agrarpolitik

Seite 3

Agroenergie – Gefahr für ländliche Entwicklung

Seite 4

Editorial



**KERSTIN LANJE**  
 Germanwatch  
 Referentin für Welthandel und Ernährung

Die internationalen Agrarmärkte sind im Umbruch. Während die Preise für einige Produkte von einem Höchststand zum nächsten jagen, zeichnet sich für andere schon wieder ein Rückgang ab. Gerade angesichts des Klimawandels sind Voraussagen über die Entwicklung von Produktion und Preisen so schwierig wie selten zuvor. Von den zu erwartenden starken Schwankungen werden arme Produzenten und Konsumenten besonders stark betroffen. Die Agrar- und Handelspolitik muss auf diese Veränderungen daher flexibel reagieren können.

Die Tatsache, dass die EU die besonderen Präferenzen und handelspolitischen Möglichkeiten der AKP-Länder durch die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) praktisch ganz abschafft, steht dem diametral entgegen. Gleichzeitig scheint sie für sich selbst die »Flexibilität« traditioneller Instrumente wie Exportsubventionen beibehalten zu wollen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass die EU-Politik auf die neuen Herausforderungen nicht mit dem alten Politikmix aus Marktöffnung im Süden und bestenfalls halbherzigem Subventionsabbau im Norden reagiert.

*K. Lanje*

»Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt«  
 Warum ich dieses Projekt wichtig finde



**HENRY RICHARD KIMERA**  
 Hauptgeschäftsführer von  
 Consumer Education Trust  
 in Uganda

Das Projekt »Afrikas Kleinbauern im Blickpunkt« von Germanwatch und FIAN stellt für uns eine einmalige Gelegenheit dar, die Menschen in der EU und der ganzen Welt darauf aufmerksam zu machen, dass die Teilnahme von Afrikas Kleinbauern an der Weltwirtschaft von Ungerechtigkeiten gekennzeichnet ist. Eine produktive Weltökonomie wäre ohne den Beitrag der Bauern in Afrika zur Nahrungsmittelherstellung nicht möglich. Dennoch werden weltweit Politiken beschlossen und Gesetze erlassen, die starken negativen Einfluss auf die Produktivität der Kleinbauern haben und ihnen die Möglichkeit nehmen, ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Das Projekt verschafft uns eine Stimme und hilft uns dabei, für unsere Rechte zu kämpfen.

# Freihandel zwischen ungleichen Partnern

Europäische Handelspolitik bedroht das Recht auf Nahrung afrikanischer Kleinbauern

**B**ereits jetzt werden zahlreiche afrikanische Kleinbauernfamilien durch europäische Billigimporte von ihren lokalen Märkten verdrängt. Die Folgen sind Armut und Hunger. Neue »Wirtschaftspartnerschaftsabkommen« (EPAs) mit der Europäischen Union drohen, das Problem zu verschärfen. Zahlreiche Organisationen der Zivilgesellschaft fordern eine grundlegende Revision der Abkommen.

Jeder dritte Afrikaner südlich der Sahara ist chronisch unterernährt. Verantwortlich sind nicht nur Kriege und Naturkatastrophen wie etwa die Fluten im vergangenen Herbst. Ebenfalls strukturell verheerend sind Fluten ganz anderer Art: Billige Geflügelteile, Tomatenpaste zu Schleuderpreisen und heruntersubventionierte Milchprodukte aus der EU sowie Reis aus den USA und Asien überschwemmen die lokalen Märkte und berauben Kleinbauernfamilien ihrer wichtigsten Einkommensquelle. Für die Betroffenen bedeutet das häufig eine gravierende Verletzung ihres Menschenrechts auf Nahrung, denn Alternativen gibt es kaum: Über drei Viertel der afrikanischen Bevölkerung leben von der Landwirtschaft, Arbeitsplätze fehlen ebenso wie vernünftige Sozialsysteme.

Armutsbekämpfung würde bedeuten, die Bäuerinnen und Bauern zu unterstützen und zugleich die Märkte vor Billigimporten zu schützen. Doch leider geschieht genau das Gegenteil. Zur gleichen Zeit als die EU wichtige Nothilfe für die Opfer der Fluten in der Sahelzone leistete, verhandelte sie mit den Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten) über sogenannte Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreements – EPAs). Dabei forderte die EU von den »Partnern« eine radikale Marktöffnung für europäische Importe und Dienstleistungen sowie einen weitgehenden Schutz von Investitionen und Patenten. Bis zum 31. Dezember 2007 sollten die Abkommen unter Dach und Fach sein. Andernfalls drohte die EU mit der Anhebung ihrer Einfuhrzölle für Produkte aus den AKP-Staaten, was in vielen Fällen Exporte unmöglich gemacht und empfindliche Einnahmeeinbußen verursacht hätte. Kaum verhohlen hatte die Kommission auch die Erhöhung von Entwicklungsgeldern vom Abschluss der EPAs abhängig gemacht.

## Freihandel auf Kosten der Ärmsten

Für die AKP-Staaten ist das eine bittere Pille. Denn mit der Marktöffnung sollen sie eine Gegenleistung für etwas erbringen, das die EU ihnen schon vor Jahren zugestanden hat, nämlich einen günstigen Zugang zum europäischen Markt. »Gibst du mir, geb' ich dir« ist dagegen die Logik der Welthandelsorganisation (WTO) und damit auch die neue Devise der EU. Der Haken daran: Die Wirtschaftskraft der EU übersteigt jene der AKP-Staaten um das 31-fache. Noch auf dem EU-Afrika-Gipfel Anfang Dezember hatten afrikanische Regierungen deshalb die Haltung der EU ungewöhnlich scharf als kolonialistisch kritisiert. Doch unter massivem

Druck aus Brüssel willigten bis Jahresende dann doch 35 der 78 AKP-Regierungen in sogenannte Interimsabkommen ein.

Zwar beschränken sich diese Interimsabkommen – anders als in den Voll-EPAs geplant – auf den Güterhandel, für die Menschenrechte der Ärmsten könnten die Folgen dennoch katastrophal sein. Denn für mindestens 80 Prozent der europäischen Importe müssen die AKP-Staaten in den nächsten Jahren ihre Zölle auf Null senken. Welche Produkte in welchen Ländern als »sensibel« eingestuft und von der Liberalisierung ausgenommen werden dürfen, ist noch unklar. Doch selbst für diese Produkte verbietet eine »Standstill«-Klausel in den meisten Abkommen, den Zoll in Zukunft über das derzeitige Niveau anzuheben. Für ghanaische Tomaten- und Geflügelbauern könnte diese Klausel zum Verhängnis werden. Um sie vor den Billigimporten aus der EU zu schützen, wäre nämlich eine Zollerhöhung erforderlich. Nach den Regeln der WTO wäre eine Erhöhung des derzeitigen Zolls in Höhe von 20 Prozent auf bis zu 99 Prozent auch ohne Weiteres möglich. Im Interimsabkommen hingegen wird der Zoll ab sofort auf 20 Prozent eingefroren.

## Europäische Subventionen – die Doppelmoral des Freihandels

Auch für John Mwemba, Milchbauer aus Sambia, ist Freihandel mit der EU eine Horrorvision. »Bitte lasst uns die Chance, unseren Milchmarkt vor europäischen Importen zu schützen«, hatte er im Dezember 2007 in Berlin einigen Bundestagsabgeordneten ins Gewissen geredet. Seine Kühe geben in der Regenzeit nur bis zu vier Liter Milch täglich, in der Trockenzeit fast gar keine. Die in der EU verbreiteten Holstein-Friesen Kühe hingegen liefern bis zu 45 Liter pro Tag. Bisher fallen die direkten Milchpulverimporte aus der EU in Sambia wenig ins Gewicht. Sambias größter Handelspartner Südafrika importiert jedoch seinerseits beträchtliche Mengen an Milchpulver aus der EU und erhöht damit die Kapazität eigener Exporte nach Sambia. Sollte Sambia seinen Zoll aufgrund des Interimsabkommens abschaffen müssen, könnten auch die direkten Importe aus der EU steigen.

Sorge bereiten den sambischen Bauern auch die üppigen Subventionen der EU. Zwar hat die EU die Exportsubventionen in den vergangenen Jahren massiv reduziert. Aufgrund interner Subventionen sind europäische Molkereien aber immer noch in der Lage, ihre Erzeugnisse weit unterhalb der eigentlichen Erzeugungskosten zu exportieren. Diese Subventionen kommen in der EU vor allem großen Unternehmen zugute und sind bislang nicht ausreichend an ökologische und soziale Kriterien gekoppelt. Die EU plant zudem, bis 2015 die Milchquote abzuschaffen, wodurch die Produktion und auch die Exporte noch steigen dürften. Und anscheinend will sich die EU bei der Reform ihrer Milchmarktordnung die Möglichkeit offen halten, bei Bedarf auch wieder verstärkt Exportsubventionen einzusetzen (siehe hierzu Beitrag auf Seite 3). Dies steht im Widerspruch zu

dem Versprechen der EU in den Verhandlungen der WTO, die Exportsubventionen bis zum Jahr 2013 ganz abzuschaffen.

Von ihrem Anspruch, ein Entwicklungsinstrument zu sein, sind die EPA-Interimsabkommen weit entfernt. Vielmehr tragen sie die deutliche Handschrift der Generaldirektion Handel der EU-Kommission. Die folgt weitgehend den Interessen der europäischen Unternehmen und möchte für sie einen besseren Zugang zu Absatzmärkten und Rohstoffen schaffen. Dem europäischen Druck hatten die AKP-Staaten wenig entgegenzusetzen. Ohnehin waren ihre Verhandlungskapazitäten durch mangelnde Ressourcen begrenzt. Aufgrund des erheblichen Zeitdrucks wurden die Abkommen mit heißer Nadel gestrickt. Offiziell sind sie immer noch unter Verschluss. Dem Vernehmen nach haben die Rechtsabteilungen der Verhandlungsparteien immer noch alle Hände voll zu tun, die handwerklichen Fehler und Unstimmigkeiten in den vereinbarten Texten zu korrigieren.

## Interimsabkommen müssen dringend revidiert werden

Hinzu kommt, dass die meisten Interimsabkommen nicht mit regionalen Verhandlungsblocs vereinbart wurden, sondern bilateral mit einzelnen Regierungen. Für die regionale Integration in Afrika ist dies ein schwerer Rückschlag. Denn wenn Staaten wie Nigeria, die nicht unterzeichnet haben, sich vor den europäischen Importen weiterhin schützen wollen, werden sie sich zwangsläufig gegenüber anderen westafrikanischen Staaten wie Ghana abschotten müssen. Ansonsten landen die EU-Produkte über den Umweg Ghana am Ende auch auf dem nigerianischen Markt.

In diesem Problem könnte paradoxerweise auch eine Chance liegen. Denn Ziel der EU ist es weiterhin, EPAs mit den gesamten Regionen abzuschließen. Und »dort, wo bilaterale Abkommen künftig von regionalen Abkommen ersetzt werden«, so die deutsche Entwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul, sollen »nicht automatisch die bereits eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen übernommen, sondern auf regionaler Ebene neu verhandelt werden«. Damit bestünde also Spielraum für Neuverhandlungen.

Nichtregierungsorganisationen (NRO) wie FIAN und Germanwatch fordern, diesen Verhandlungsspielraum für eine grundlegende Revision zu nutzen. Handelsabkommen wie die EPAs dürfen nur dann ratifiziert werden, wenn ausgeschlossen werden kann, dass sie zu Menschenrechtsverletzungen führen. Dies hat auch Jean Ziegler, UN-Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung, im Abschlussbericht an den UN-Menschenrechtsrat am 12. März 2008 betont. Die Bundesregierung sollte sich daher für eine umfassende Folgenabschätzung der bisherigen Abkommen einsetzen und sich bei der EU für eine Revision der problematischen Regelungen stark machen. Denn Menschenrechte stehen über Handelsrechten, und Entwicklung darf nicht zur Worthülse verkommen. KERSTIN LANJE (GERMANWATCH) UND ARMIN PAASCH (FIAN DEUTSCHLAND)

# »Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen setzen gleiche Bedingungen für die Partner voraus«

Interview mit Mohammed Adam Nashiru, Projektpartner aus Ghana

## Wie bewerten Sie die bisherigen Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)?

Es scheint so, als wolle die EU den Entwicklungsländern die EPAs vorschreiben, obwohl afrikanische Verhandlungsführer beim EU-Afrika-Gipfel in Lissabon im Dezember letzten Jahres klar gemacht haben, dass Afrika noch nicht bereit dafür ist. Verhandlungen über Wirtschaftspartnerschaftsabkommen setzen gleiche Bedingungen für die Partner voraus: Bei einem Fußballspiel zwischen England und Deutschland haben beide Mannschaften gleiche Möglichkeiten bezüglich der Trainer, Fans, Fußballplätze und Ausstattung – nur so können sie auf Augenhöhe konkurrieren. Afrika ist aber eher wie ein Kind, das noch von der Mutter abhängig ist. Wir lernen noch zu sitzen, zu krabbeln und zu gehen. Deshalb können wir nicht mit den europäischen Ländern, die uns bereits weit voraus sind, konkurrieren. Kurz gesagt sind die EPAs für uns nicht von Vorteil, weil die derzeitige Konkurrenz von Ungleichheit gekennzeichnet ist.

## Konnten die Forderungen der Bauernorganisationen und -vertreter in die EPA-Verhandlungen eingebracht werden?

Die bisherigen Verhandlungen waren für afrikanische Bauern und Produzenten enttäuschend, da wir gehofft hatten, stärker in die Verhandlungen einbezogen zu werden und unsere Meinung zu den EPAs deutlicher ma-



**MOHAMMED ADAM NASHIRU**  
Peasant Farmers Organisation, Ghana

chen zu können. Die Verhandlungen haben mit offiziellen Vertretern unserer Länder unter Ausschluss der Bauernorganisationen stattgefunden. Wir hatten zwar die Möglichkeit, unseren Regierungen unsere Standpunkte und generellen Bedenken darzulegen und zu zeigen, dass die EPAs die Bauern gefährden werden. Dennoch hat Ghana ein Interimsabkommen zu den EPAs unterschrieben, in dem das Land sich dazu verpflichtet, den Agrarmarkt in den nächsten Jahren für 80 Prozent der Importe aus Europa zu öffnen. Dadurch drohen nun neue Importfluten, zumal die europäischen Agrarsubventionen durch das Abkommen nicht berührt werden. Sie sind aber der Hauptgrund dafür, dass europäische Agrarprodukte in Afrika überhaupt konkurrenzfähig sind. Bisher ist noch unklar, ob beispielsweise Tomaten und Geflügel zu diesen 80 Prozent gehören oder ob sie als »sensible Produkte« von der Zollsenkung ausgenommen werden dürfen. Aber selbst dann könnten wir den Markt nicht genug schützen, denn eine Klausel des Vertrags verbietet Ghana selbst für diese Produkte, den Zoll über das jetzige Niveau hinaus anzuheben.

## Was waren Ihre Hauptforderungen in den EPA-Verhandlungen?

Wir haben verlangt, über die Alternative des Allgemeinen Präferenzsystems (GSP+) nachzudenken, wenn die Verhandlungen kritisch werden. Unter dem GSP+ gewährt die EU Ländern des Südens für gute Regierungsführung und Programme zur nachhaltigen Entwicklung Handelspräferenzen. Diese entsprechen den Vorgaben der Welthandelsorganisation und könnten auch für Ghana gelten. Darüber hinaus haben wir deutlich gemacht, dass mehr Zeit benötigt wird, um sich über die EPAs zu einigen. GSP+ wurde allerdings abgelehnt, und die EU hat stattdessen weiter Druck gemacht, die Abkommen rasch zu unterzeichnen. **Was sind die konkreten Einflüsse der EPAs für die Kleinbauern in Ghana?**

Für die Wirtschaft besonders wichtige Produkte sind in Ghana Hühnchen und Tomaten: Sie werden überwiegend auf dem lokalen Markt verkauft und sind eine wichtige Einkommensquelle. Durch die EPAs werden wir vermehrt Agrarprodukte aus Europa bekommen. Unsere Bauern werden mit den subventionierten Bauern aus der EU konkurrieren müssen. Dies ist Teil der Konflikte zwischen der EU und Afrika. Die EU-Regierungen werden ihre Bauern dabei unterstützen, weiter billig zu produzieren und ihre Lebensmittel hier abzuladen, aber das werden afrikanische Regierungen nicht akzeptieren. Denn die Bil-

ligimporte gefährden das Einkommen und somit die Nahrungsmittelsicherheit unserer Kleinbauern.

## Wie können Sie die Öffentlichkeit in Ghana über die EPAs informieren?

Die Peasant Farmers Organisation kollaboriert mit anderen Organisationen wie der SEND Stiftung, Oxfam Großbritannien, der britischen Gewerkschaft sowie der Ghana Trade and Livelihood Coalition. All diese Organisationen haben sich zusammengeschlossen, um das Bewusstsein über die Gefahren der EPAs unter den Bauern zu erhöhen. Das Netzwerk hat rasche Verbreitung gefunden und ist inzwischen überall in Ghana präsent. Unser Ziel ist es, unsere Bildungsarbeit weiter zu verstärken. Da wir an der Kampagne gegen die EPAs teilnehmen, sind wir in regionale Netzwerke eingebunden, vor allem in Westafrika, wozu u.a. Senegal, Burkina-Faso, Togo, Ghana, Côte d'Ivoire und Mali gehören. Die Ökonomien der Länder in dieser Region sind überwiegend landwirtschaftlich geprägt und schwach. Uns eint die Opposition gegen die EPAs. Wir haben sehr viele Plattformen genutzt, um unsere Bedenken den Politikern in der EU deutlich zu machen. So haben wir mit dem britischen Parlament gesprochen und uns mit EU-Repräsentanten in Ghana und in Sambia getroffen.

## Können Sie ein zusammenfassendes Statement zu den EPAs abgeben?

Wir unterstützen und schützen Bauern in Afrika, um ihnen die Möglichkeit zu geben, stärker zu werden und mit den europäischen Bauern zu konkurrieren. Dies ist wichtig, damit wir keine Angst haben müssen, wenn die Konkurrenz zunimmt. Allerdings sind wir derzeit noch nicht in der Lage, mit den Bauern aus der EU mithalten. Deshalb sollte die EU den Bauern hier dabei helfen, so stark zu werden, dass sie den Konkurrenzkampf aufnehmen können.

INTERVIEW: LISA ROHRDANTZ

## Europäische Tomatenpaste überflutet den ghanaischen Markt

Notwendiger Schutz von Kleinbauern wird durch EPA behindert

■ Seit Jahren stehen ghanaische Tomatenbauern in einem unfairen Wettbewerb mit hoch subventionierter Tomatenpaste aus der EU. Ein höherer Schutzzoll gegenüber diesen Importen wäre dringend nötig. Genau das ist nach dem neuen Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPA) in Zukunft nicht mehr erlaubt.

Das Dorf Koluedor liegt 30 Kilometer von der Hauptstadt Accra entfernt. Über fünftausend Menschen leben hier, die meisten vom Tomatenanbau. Während der Ernte im September rücken die ZwischenhändlerInnen mit ihren Lastwagen an, um die vollen Tomatenkisten aufzukaufen. »Die Preise steigen weniger als unsere Kosten«, klagt ein Bauer. »Wenn die Ernte in mehreren Regionen zeitlich zusammenfällt, steigt das Angebot, und die Preise sinken«, erklärt er. Viele Bauern bleiben in Koluedor auf ihren Tomaten sitzen – und den Kosten. Wegen sinkender Einkommen und wachsender Schulden sind viele Familien nicht mehr in der Lage, dreimal täglich zu essen. Vor der Ernte leiden viele Hunger, am härtesten trifft es die Kinder.

Ein Besuch auf dem städtischen Markt in Accra offenbart den Hauptgrund für die Misere. Hier stapeln sich Tomatendosen mit Aufschriften wie Gino, Pómo oder La Perla. Die meisten stammen aus Italien, China oder den USA. Die importierte Paste verdrängt frische Tomaten aus Ghana und behindert die Entwicklung einer eigenen Weiterverarbeitung in Ghana. Wurden laut der Food and Agriculture Organization der Vereinten Nationen (FAO) im Jahr 1998 noch etwa 3.300 Tonnen eingeführt, so waren es im Jahr 2004 bereits 24.740 Tonnen. In nur wenigen Jahren ist der Marktanteil heimischer Tomaten von 92 auf 57 Prozent gesunken.

Die VerkäuferInnen ghanaischer Frischtomaten bekommen die wachsende Konkurrenz deutlich zu spüren. »Vor fünf Jahren«, klagt eine Händlerin, »haben wir hier noch viel mehr Tomaten verkauft als heute«. Die Paste sei leichter zu kochen als die frischen Tomaten, und so seien in letzter Zeit immer mehr

Ghanaer auf den Geschmack gekommen, erläutert sie. Was hinzukommt: Die importierte Paste ist billig, vor allem wegen der Unterstützung durch die EU. Allein im Wirtschaftsjahr 2005/06 hat die EU ihre Tomatenproduktion mit 380 Millionen Euro subventioniert. Und weil die EU damit international immer noch nicht konkurrenzfähig ist, legt sie für den Export von einer Tonne verarbeiteter Tomaten zusätzlich noch 45 Euro drauf.

Die Tomatenproduktion könnte vielen Ghanaern einen Weg aus Hunger und Armut und damit zur Umsetzung ihres Menschenrechts auf Nahrung weisen. Dazu wären mehr staatliche Unterstützung für die Produktion und eine eigene Weiterverarbeitung sowie mehr Außenschutz vor Billigimporten notwendig. Nach dem EPA-Interimsabkommen vom 13. Dezember 2007 ist Ghana allerdings dazu verpflichtet, die Zölle für über 80 Prozent der europäischen Importe bis zum Jahr 2023 auf Null zu senken, für 70 Prozent sogar schon bis 2018. Selbst wenn Tomatenpaste als »sensible Produkt« eingestuft würde, wären die Bauern nicht aus dem Schneider. Denn eine so genannte »Standstill«-Klausel im Vertrag verbietet Ghana selbst für diese Produkte, den Zoll über das derzeitige Niveau hinaus anzuheben. Damit verliert Ghana jeglichen handelspolitischen Spielraum, der zum Schutz des Rechts auf Nahrung der betroffenen Tomatenbauern notwendig ist.

Noch gibt es Hoffnung. Denn bevor das Abkommen in Kraft treten kann, muss es vom ghanaischen Parlament ratifiziert werden. Dies wollen Bauern- und Nichtregierungsorganisationen in Ghana durch öffentlichen Druck verhindern.

Auch die europäische »Stop EPA«-Kampagne hat die EU dazu aufgefordert, die mit heißer Nadel gestrickten Abkommen nicht zu ratifizieren. Notwendig ist eine grundlegende Revision, die eine Gefährdung des Rechts auf Nahrung und anderer Menschenrechte ausschließt.

ARMIN PAASCH (FIAN DEUTSCHLAND)

## »Milch ist ihre Stärke«

Sambias Bauern fordern den Schutz des mühsam aufgebauten Milchsektors



Vor der Sammelstelle der Kooperative stehen die Bauern am Vormittag Schlange, um die frische Milch abzuliefern.

■ »Milch macht müde Männer munter«; »Milch ist ihre Stärke – sie sind schön«; »Milch ist ihre Stärke – sie sind intelligent«... Die Europäische Union wirbt in Deutschland in Kooperation mit dem Marketingorgan der deutschen Landwirtschaft, der Centralen Marketing-Gesellschaft der deutschen Agrarwirtschaft (CMA), auf Riesenplakaten mit gut aussehenden Menschen für den Konsum von Milch.

In Deutschland werden jährlich 28 Milliarden Liter Kuhmilch produziert. Milch landet in großer Menge auf dem Weltmarkt, und für Milchpulver, Käse und Butter erwartet das Ministerium für Verbraucherschutz und Landwirtschaft sogar eine Ausweitung des Exports in den nächsten Jahren. Bisher regelt eine Milchquote, dass nicht noch mehr Milch produziert wird. Die EU-Kommission hat Pläne, diese bis 2015 abzuschaffen. Dann wird die Milchmenge in der EU steigen, und der Weltmarktpreis für Milch könnte nach unten gehen. Die europäischen Molkereien hoffen daher, stärker auf dem Weltmarkt agieren zu können. Milch wird tatsächlich immer beliebter. Selbst in China, wo bisher kaum Milch getrunken

wurde, ist der Konsum gestiegen, nicht zuletzt ebenfalls aufgrund der massiven Werbung.

Die europäischen Molkereien wollen aber ihre Produkte nicht nur dorthin exportieren, wo kaum Milch produziert wird, sondern auch in Länder, in denen sich der Milchsektor gerade im Aufbau befindet und der Besitz einiger Kühe den täglichen Maisbrei sichert. Zum Beispiel nach Sambia: Schon jetzt kostet dort das importierte Milchpulver aus Europa und Südafrika genauso viel wie die eigene Milch. Dadurch erhöht sich die Schwierigkeit für die Kleinbauern, sich gegen die Konkurrenz zu behaupten. Wenn sich im Rahmen der EPAs die Märkte weiter öffnen und die Zölle fallen, ist die Existenz der Milchbetriebe extrem gefährdet. »Wir werden dann unsere Kooperative schließen müssen. Beschäftigung, Einkommen und Ernährungssicherung gehen zurück, und wir werden wieder arm sein«, so John Mwemba, Vorsitzender der Magoye Kleinbauernkooperative in Sambia.

Milch ist erst seit wenigen Jahren eine Einkommensquelle in Sambia. Eigentlich wurden Kühe dort ihres Fleisches wegen gezüchtet, und Milch gab es fast nur für die Kälber. Auch dank europäischer und US-amerikanischer Entwicklungshilfe konnten in Sambia kürzlich 300 Landwirte eine Kooperative gründen, die nun Milch an den südafrikanischen, früher italienischen Konzern Parmalat liefern. Dieser garantiert die regelmäßige Abnahme der Milch, verbietet der Kooperative im Gegenzug aber die Produktion von Käse und Butter. »Mit Kühen gelingt es dennoch, jeden Monat Geld für Essen, Schule und Medizin zu erwirtschaften. Eine Maiseernte hingegen lässt sich nur einmal im Jahr verkaufen«, so Mwemba.

Die Milchbauern fordern den Schutz ihres so mühsam aufgebauten Milchsektors. »Mein Leben und das meiner Familie sind in Gefahr. Milch ist unsere einzige Einkommensquelle. Die Regierung sollte uns vor Importen schützen«, fordert Namakobo, ebenfalls Mitglied der Magoye Kooperative.

KERSTIN LANJE (GERMANWATCH)

# »Gesundheitsprüfung« der EU-Agrarpolitik

Vorschlag der EU-Kommission birgt beträchtliche entwicklungspolitische Risiken

Fünf Jahre nach der grundlegenden Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU diskutieren Kommission und Mitgliedsstaaten im Rahmen eines Health Checks, also einer »Gesundheitsprüfung«, erste Änderungen an den bestehenden Regeln. Dazu veröffentlichte die Kommission Ende November 2007 ein Diskussionspapier. Nach Abstimmung mit den Mitgliedsstaaten wird sie Ende Mai konkrete Vorschläge für Veränderungen machen. Im November soll dann entschieden werden, welche davon verabschiedet werden.

Der Schwerpunkt der Kommissionsvorschläge liegt auf einer Vereinfachung und moderaten Umverteilung der Direktzahlungen, also direkter Einkommenszahlungen, an Agrarbetriebe und Bauern. Sie bilden die sogenannte erste Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik und machen mit etwa 40 Milliarden Euro den weitaus größten Teil der Agrarausgaben aus. Große Betriebe profitieren am meisten davon, da die Direktzahlungen an die bewirtschaftete Fläche gekoppelt sind. Daneben kön-

nen – nach Bedarf – noch bis zu drei Milliarden Euro Exportsubventionen ausgegeben werden. Diese sind immerhin erheblich gesenkt worden. Etwa zehn Milliarden Euro stehen in der sogenannten zweiten Säule zur Verfügung, die ein breites Spektrum von Maßnahmen wie Investitionsbeihilfen, Agrarumweltprogramme und Förderung von ländlicher Entwicklung umfasst.

Der Vorschlag der Kommission sieht vor, dass alle Direktzahlungen um acht Prozent gekürzt und die so eingesparten Mittel im Zuge der sogenannten »Modulation« in die zweite Säule umgeschichtet werden. Die Kürzung soll nach Vorstellungen der Kommission für Betriebe, die besonders hohe Zahlungen erhalten, stärker ausfallen. Zudem soll bis 2015 die Milch-Quote abgeschafft werden, die bisher die Überproduktion in der EU begrenzte. Den starken Rückgang der Einkommen, der viele Milchbetriebe zum Aufgeben zwang, konnte und sollte sie aber nicht verhindern. Bis 2015 sollen die Produktionsobergrenzen schritt-

weise angehoben werden, damit »wettbewerbsfähige« Betriebe ihre Produktion steigern können. Wie dagegen die Milchwirtschaft in ökologisch wertvollen, aber kaum wettbewerbsfähigen Regionen erhalten werden soll, bleibt unklar.

Während die Kommission durch die Umverteilung der Direktzahlungen immerhin kleine Schritte in Richtung einer sinnvolleren Verteilung der Gelder unternimmt, wird eine weitere Verringerung oder gar Abschaffung der Exportsubventionen, die vor allem im Milchsektor nach wie vor ein Problem darstellen, nicht angedacht. Dies ist um so erstaunlicher, da die EU schon 2005 auf der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Hongkong versprochen hatte, alle Exportsubventionen bis 2013 ganz abzuschaffen und bis dahin spürbar zu reduzieren. Bedingung war allerdings, dass die Doha-Runde der WTO vorher abgeschlossen wird. Doch daran scheint die Kommission angesichts der festgefahrenen WTO-Verhandlungen nun selbst nicht mehr zu glauben.

Entwicklungspolitisch bietet dieses Szenario beträchtliche Risiken. Die Kommission rechtfertigt das Ende der Milchquote ausdrücklich mit den Exportinteressen der Milchindustrie. Doch das dürfte dazu führen, dass überschüssige Milch zu Schleuderpreisen exportiert wird und in anderen Ländern die Milchbauern vom Markt verdrängt. Auch die in der zweiten Säule vorgesehenen Investitionsbeihilfen kommen häufig exportorientierten Großbetrieben zu Gute. Damit würden diese Betriebe mit öffentlichen Geldern darin unterstützt, ihre Position auf den Weltmärkten auszubauen. Und bei einem Einbruch der Weltmarktpreise könnte die EU dann erneut und verstärkt auf Exportsubventionen zurückgreifen. Am Beispiel Schweinefleisch lässt sich dies bereits beobachten: Der EU-Markt ist seit langem liberalisiert, trotzdem zahlt die EU seit letztem Jahr wieder Exportsubventionen, um einem Einbruch der internen Preise entgegenzuwirken.

TOBIAS REICHERT (GERMANWATCH)

## Aufruf zum Handeln gegen Europas eigennützige ökonomische Handelspolitik in Afrika

Deklaration zivilgesellschaftlicher Organisationen in Afrika – scharfe Kritik an Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs)

Originaldokument: Declaration of Civil Society Organisations at the Meeting of the Africa Trade Network, Cape Town, South Afrika, 22nd February 2008 (übersetzt von Germanwatch)

■ Zivilgesellschaftliche Organisationen aus ganz Afrika, darunter Bauern-, Arbeiter-, Frauen-, Glaubens-, und Studentengruppen, riefen auf dem Africa Trade Network-Treffen vom 20. bis 23. Februar dieses Jahres in Kapstadt ihre Mitglieder dazu auf, ihre Anstrengungen zu verdoppeln, um die Freihandelsabkommen mit der EU aufzuhalten. Der Ton der zivilgesellschaftlichen Organisationen hat sich seit der Unterzeichnung der EPA-Interimsabkommen verschärft. Wir dokumentieren hier ihren Aufruf zum Handeln:

»Als die EPA-Verhandlungen begannen, haben zivilgesellschaftliche afrikanische, karibische, pazifische und europäische Organisationen davor gewarnt, dass die EPAs zutiefst entwicklungshemmend seien. Wir stellten fest, dass die EPAs eine Gefahr nicht nur für staatliche Einnahmen, lokale Produzenten und Industrien, die Nahrungsmittelsicherheit, unabdingbare öffentliche Leistungen und die regionale Integration von afrikanischen Ländern sind. Vielmehr gefährden sie auch das generelle Recht und die Möglichkeit der afrikanischen Länder, ihre Wirtschaft so zu entwickeln, dass die Bedürfnisse ihrer Einwohner und ihrer eigenen nationalen, regionalen und kontinentalen Prioritäten umgesetzt werden.



Im September 2007 demonstrierten zahlreiche Ghanaer gegen die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit der EU.

Die neuesten Entwicklungen bei diesen Verhandlungen haben noch stärker die grundlegenden Verstöße der EPAs verdeutlicht. So versuchte die EU Ende des Jahres 2007 mit taktischen Vorstößen, die afrikanischen Regierungen

zu »vorläufigen« Abkommen zu zwingen. Als deutlich wurde, dass kein regionaler afrikanischer Block den Forderungen zustimmen würde, ging die EU zu einer strengeren Taktik über. Sie nutzte dabei aus, dass aus historischen Gründen einige

afrikanische Exportsektoren hauptsächlich vom europäischen Markt abhängen. Mit der Drohung, diese Märkte zu schließen, sabotierte die EU die regionalen Verhandlungsprozesse und vereinbarte bilaterale Abkommen mit einzelnen Ländern. Sie brachten die Länder dazu, einen Zugang zu ihren Wirtschaften zu gewähren, der höher ist als jemals zuvor und sogar über multilaterale Verpflichtungen hinausgeht. Daneben fügte die EU Klauseln in die Vereinbarungen ein, die nicht Bestandteil früherer Verhandlungen gewesen waren.

Die Verhandlungsrunde in 2008 zielt darauf ab, die »vorläufigen« Abkommen so schnell wie möglich abzuschließen, was eine Abkehr von der ursprünglichen Absicht darstellt: Eigentlich waren die Abkommen nur dazu gedacht, einer möglichen Bestrafung durch die Welthandelsorganisation vorzubeugen. Zudem übt die EU einen hohen Druck auf die afrikanischen Regierungen aus, die Verhandlungen auf den Dienstleistungssektor auszuweiten und bindende Regelungen bei Investitionen, Wettbewerbspolitik und beim öffentlichen Beschaffungswesen zu treffen. Heute ist mehr als je zuvor offensichtlich, dass EPAs die Mittel der EU sind, die grundsätzlich ungerechten Beziehungen zwischen Afrika und Europa zu zementieren. Aus afrikanischer Sicht ist das nichts anderes als eine Rekolonialisierung. Es ist dringender denn je, dass die afrikanischen Bürger und ihre Fürsprecher sich zusammenschließen, um diese Agenda zu stoppen.«

### Ja, ich unterstütze FIAN!

- Ich spende an FIAN den Betrag von \_\_\_\_\_ Euro.
- Ich werde regelmäßiger Förderer von FIAN mit einem monatlichen Beitrag von  5 Euro /  20 Euro /  50 Euro / \_\_\_\_\_ Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:  einmalig /  monatlich /  halbjährlich /  jährlich

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Geldinstitut BLZ \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: FIAN, Düppelstraße 9–11, 50679 Köln

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

### Freihandelsabkommen revidieren! Helfen Sie mit!



■ Die Economic Partnership Agreements (EPAs) bedeuten einen Rückschlag für Entwicklung, Demokratie und Menschenrechte in Afrika. Sie nehmen den AKP-Staaten das Recht, das zu tun, was die Industriestaaten bis heute jahrzehntelang machten – ihre fragilen Märkte und jungen Industrien durch Zölle zu schützen.

■ Es ist wichtig, dass jetzt der gesellschaftliche Widerstand wächst. Viele Menschen in Subsahara-Afrika setzen sich lautstark zur Wehr und fordern die Rücknahme der bereits unterschriebenen Verträge. Zeigen Sie Ihre Solidarität mit ihnen!

■ Senden Sie einen Postkartenvordruck unterschrieben an eine/n Bundestagsabgeordnete/n in Ihrem Wahlkreis. Die Abgeordneten sollen die Bundesregierung dazu auffordern, sich im Ministerrat der EU für eine Rücknahme der bereits verhandelten Freihandelsabkommen einzusetzen und Handelsverträge auf Basis bereits ausgearbeiteter Alternativen anzubieten.

■ Sie finden die/den Abgeordnete/n Ihres Wahlkreises unter [www.bundestag.de/mdb/wkmap/index.html](http://www.bundestag.de/mdb/wkmap/index.html). Unterstützt wird diese Aktion von Attac Deutschland, FIAN Deutschland, Germanwatch, KASA, KOSA, Oxfam DEutshland, terre des hommes und WEED. Weitere Informationen bei der StopEPA-Kampagne ([www.stopepa.de](http://www.stopepa.de)).

### Ja, ich unterstütze Germanwatch!

- Ich spende an Germanwatch den Betrag von \_\_\_\_\_ Euro.
- Ich werde regelmäßiger Förderer von Germanwatch mit einem monatlichen Beitrag von  5 Euro /  20 Euro /  50 Euro / \_\_\_\_\_ Euro.
- Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:  einmalig /  monatlich /  halbjährlich /  jährlich

Konto-Nr. \_\_\_\_\_

Geldinstitut BLZ \_\_\_\_\_

Datum \_\_\_\_\_ Unterschrift \_\_\_\_\_

Name \_\_\_\_\_ Vorname \_\_\_\_\_

Straße, Nr. \_\_\_\_\_ PLZ \_\_\_\_\_ Ort \_\_\_\_\_

Tel. \_\_\_\_\_ E-Mail \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin

Ihre Spende ist steuerlich absetzbar. Bis zu einer Summe von 100 Euro gilt Ihr Einzahlungsbeleg oder Kontoauszug als Spendenbescheinigung. Bei Beträgen über 100 Euro erhalten Sie Anfang nächsten Jahres eine Spendenbescheinigung.

## Projektvorstellung

## Kleinbauern eine Stimme verschaffen

Die Economic Partnership Agreements (EPAs) drohen die Ernährungssicherung vieler Länder zu gefährden. Die Lebensgrundlage von Kleinbauern hängt demnach in großem Maße von den Entscheidungen in Brüssel, Berlin und anderen europäischen Hauptstädten ab. Gleichzeitig haben gerade Kleinbauern kaum eine Chance, ihre Anliegen dort zu vertreten. Das muss sich ändern. Deshalb stehen Germanwatch und FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk) in Kontakt mit Bauernorganisationen in Sambia, Ghana und Uganda. Zusammen mit anderen europäischen NRO wollen wir in einem neuen Projekt die Stimmen der Betroffenen nach Europa bringen.

## Termine

- Bonn, 18.4.08, 14–17 h: Werner-Schuster-Symposium: »Alle gegen jeden – jeder gegen Alle« Der (fast) vergessene Konflikt in der Region der Großen Seen in Zentralafrika. Kontakt: Dr. Ludger Reuke, reuke@germanwatch.org, Tel. 0228 / 60492-13
- Kassel, 16.–18.05.08: MultiplikatorInnen-Training zum Thema »Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung« (1. Teil). Weitere Infos und Anmeldungen bei Armin Paasch, a.paasch@fian.de
- Bonn, 30./31.5.08: Konferenz zu Klimawandel und Armutsbekämpfung. Weitere Informationen unter [www.germanwatch.org/termine/2008-05-30.htm](http://www.germanwatch.org/termine/2008-05-30.htm) sowie bei Sven Harmeling, harmeling@germanwatch.org

## Kontakt

## Germanwatch

Berlin: Germanwatch e.V., Voßstr. 1, 10117 Berlin  
Tel. (030) 2888 356-0, Fax (030) 2888 356-1  
Bonn: Germanwatch e.V., Kaiserstr. 201, 53113 Bonn  
Tel. (0228) 604 92-0, Fax (0228) 604 92-19  
Im Internet: [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org)  
E-Mail: [info@germanwatch.org](mailto:info@germanwatch.org)

## FIAN-Deutschland

Düppelstraße 9-11, 50679 Köln  
Tel. (0221) 702 00 72, Fax: (0221) 702 00 32  
Im Internet: [www.fian.de](http://www.fian.de)  
E-Mail: [fian@fian.de](mailto:fian@fian.de)

## Spenden

## Germanwatch

Spendenkonto 32 12 300, Bank für Sozialwirtschaft Berlin  
(BLZ 100 20 500). Aus dem Ausland: BIC / Swift: BFSWDE33BER,  
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00

## FIAN-Deutschland

Spendenkonto 4000 4444 00, GLS Gemeinschaftsbank eG Bochum  
(BLZ 430 609 67)

## Impressum

Herausgeber: Germanwatch e.V., Redaktion: Dörte Bernhardt (V.i.S.d.P.), Anika Busch. Layout: Udo Tremmel, Berlin. Fotos: Ulrich Döring. Auflage 99.000. Gefördert von der Europäischen Union und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, die Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung privater Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

## Publikationen

### Materialien des Projekts »Kleinbauern im Blickpunkt – für mehr Gehör in der EU-Handelpolitik«

- Dokumentation: African Smallholders in Focus – a Voice in EU Trade Policy. First Exchange Conference on Concerns and Common Political Strategies. Berlin, 11–12 December 2007. Bonn 2008. Zu beziehen bei Germanwatch.
- Verheerende Fluten – politisch gemacht. Europäische Handelspolitik verletzt Recht auf Nahrung in Ghana. Germanwatch und FIAN-Deutschland. Bonn 2008. Broschüre über die Auswirkungen der Handelsliberalisierung und des Wirtschaftspartnerschaftsabkommens auf die Tomaten- und Geflügelbauern in Ghana. Zu beziehen bei Germanwatch und bei FIAN-Deutschland.
- EPAs gefährden Kleinbauern – das Beispiel der Milchproduktion in Sambia. Germanwatch und FIAN Deutschland. Bonn 2008. Broschüre über die möglichen Auswirkungen der Wirtschaftspartnerschaftsabkommen auf die Milchbauern in Sambia. Zu beziehen bei Germanwatch und FIAN Deutschland.
- Impact of EU's Agricultural Trade Policy on Smallholders in Africa. Bertow K. & Schultheis A.; Germanwatch, Both Ends, FIAN & UK Food Group. Bonn 2007. Einführung in die Verhandlungen zu den Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) in englischer Sprache. Zu beziehen bei Germanwatch.

## Weitere Materialien von FIAN-Deutschland

- Die Auswirkungen der Liberalisierung des Reismarkts auf das Recht auf Nahrung – Fallstudien zu Ghana, Honduras und Indonesien. Armin Paasch (Hrsg.), Frank Garbers und Thomas Hirsch; Brot für die Welt in Zusammenarbeit mit FIAN und dem Ökumenischen Aktionsbündnis, Oktober 2007. Zu beziehen bei Brot für die Welt und FIAN-Deutschland.
- Der Handel mit dem Hunger – Agrarhandel und das Menschenrecht auf Nahrung; Dokumentation von FIAN, Forum Umwelt und Entwicklung und »Gerechtigkeit Jetzt!«, Autor: Armin Paasch, 2006. Einführungsbroschüre über die europäische Agrar- und Handelspolitik, die Liberalisierung des Weltagrarhandels, die Rolle der Welthandelsorganisation (WTO) und das Menschenrecht auf Nahrung. Zu beziehen bei FIAN-Deutschland.

## Weitere Materialien von Germanwatch

- Anforderungen an eine Reform der EU-Milchmarktordnung aus der Sicht bäuerlicher Organisationen in Nord und Süd. Autor: Martin Hofstetter. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch, Juni 2005. Zu beziehen bei Germanwatch und abrufbar unter [www.germanwatch.org/tw/milch05.htm](http://www.germanwatch.org/tw/milch05.htm)
- EU-Agrarsubventionen auf den Prüfstand – Entwicklung von Kriterien für ihren Umbau. Autor: Tobias Reichert. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) und Germanwatch. März 2006. Zu beziehen bei Germanwatch und abrufbar unter [www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.html](http://www.germanwatch.org/tw/eu-agr05.html)

Die hier gelisteten Publikationen können kostenlos heruntergeladen werden unter [www.germanwatch.org](http://www.germanwatch.org) bzw. [www.fian.de](http://www.fian.de)

# Agroenergie – großindustrielle Lösungen gefährden ländliche Entwicklung

## Agrarsprit und Monokulturen gehen Hand in Hand

Die Diskussion über die Verwendung von Agroenergie hat im Laufe des letzten Jahres eine überraschende Wendung genommen. Noch Anfang 2007 sahen Politik, Wissenschaft und die meisten Umwelt- und Entwicklungsverbände überwiegend Chancen – und hatten ansonsten großen Informationsbedarf. Mittlerweile ist die Wahrnehmung sehr viel kritischer geworden. Zunächst aus der Wissenschaft und bald danach aus den Reihen der NRO und von internationalen Organisationen wie der OECD (Organisation of Economic Co-operation and Development) wurden vor allem flüssige Agrotreibstoffe wie Biodiesel und Ethanol kritisiert. Als wichtigste Kritikpunkte stellten sich heraus:

- Die Einsparungen an Treibhausgasen fallen geringer aus als ursprünglich angenommen, da Anbau und Verarbeitung der Pflanzen energieaufwendig sind und, noch wichtiger, weil durch intensive Düngung das hochwirksame Klimagas Lachgas (Methan) freigesetzt wird.

- Die Erschließung neuer Flächen für die Produktion von Energiepflanzen hat oft extrem negative Effekte für das Klima und die biolo-

gische Vielfalt; vor allem dann, wenn Regenwaldflächen abgeholzt werden, um Ölpalmen oder Soja anzubauen. Das Umbrechen von Wiesen und das Trockenlegen von Mooren in Deutschland sind ähnlich schädlich.

- In Entwicklungsländern wird befürchtet und vereinzelt schon beobachtet, dass Kleinbauern und Nomaden von ihrem Land vertrieben werden, um Platz für Energiepflanzenplantagen zu machen. Damit entsteht eine direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion.

Diese Risiken, aber auch die Chancen der Agroenergie, waren Thema einer internationalen Konferenz, die Germanwatch zusammen mit dem Institute for Agriculture and Trade Policy (IATP) aus den USA, der Heinrich-Böll-Stiftung, der europäischen Waldschutzorganisation FERN und anderen im Dezember 2007 in Berlin veranstaltete. Die Teilnehmer aus Brasilien, Ghana, Tansania und den USA betonten, dass für den Anbau von Nahrungs- und Futtermitteln schon vor dem derzeitigen Boom des Agroenergiepflanzenanbaus Wälder abgeholzt, Kleinbauern vertrieben und Böden überdüngt wurden. Die

zusätzliche Nachfrage nach Energiepflanzen verschärft die Situation in vielen Fällen noch. Gerade der Anbau von Rohstoffen für flüssige Kraftstoffe wie Ethanol und Biodiesel ist problematisch. Die Verarbeitung ist in großen Anlagen am effizientesten, die meist durch Monokulturen in der Umgebung »gefüttert« werden. Die so gewonnenen Treibstoffe werden meist in den Städten der Anbauländer verbraucht oder exportiert – und tragen kaum zu Beschäftigung und Energieversorgung im ländlichen Raum bei. Zudem entziehen sie knappes Land mitunter dem Anbau von Grundnahrungsmitteln und gefährden die Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung.

Für die dezentrale Produktion von Agrarenergie für den lokalen Bedarf lassen sich dagegen sehr gut Reststoffe wie Ernterückstände und Tierdung nutzen, ebenso wie Energiepflanzen, die in Rotation mit Nahrungspflanzen angebaut werden. Diese Art der Energiegewinnung ist auch sehr viel leichter mit einer nachhaltigen und beschäftigungsintensiven Landwirtschaft vereinbar und kann zur ländlichen Entwicklung beitragen.

TOBIAS REICHERT (GERMANWATCH)



**AUSSTELLUNG** ■ Die Ausstellung »Europa überrollt afrikanische Kleinbauern« von FIAN und Germanwatch porträtiert auf 18 eindrucksvollen Fotos zwei Bauerngemeinschaften in Ghana und Sambia, deren Recht auf Nahrung durch europäische Importe von Tomaten oder Milch verletzt oder bedroht wird. Fünf Texttafeln erläutern den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund. Die Ausstellung kann gegen 20 Euro bei FIAN Deutschland ausgeliehen werden. Hier erhalten Sie auch weitere Informationen sowie Postkarten, Plakate und einen Katalog zur Ausstellung. ■ Kontakt: Armin Paasch, [a.paasch@fian.de](mailto:a.paasch@fian.de), Tel. 0221-7020072

### FIAN (FoodFirst Informations- und Aktions-Netzwerk)

... setzt sich als internationale Menschenrechtsorganisation dafür ein, dass alle Menschen frei von Hunger leben und sich in Würde ernähren können. FIAN tut das auf Basis internationaler Menschenrechtsabkommen, insbesondere des Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Menschenrechte. FIAN besitzt Beraterstatus bei der UNO und nimmt so Einfluss auf die Weiterentwicklung des internationalen Rechtssystems. Bei konkreten Menschenrechtsverletzungen unterstützt FIAN die Betroffenen mittels internationaler Protestbriefaktionen, Kampagnen und langfristiger Fallarbeit durch lokale Gruppen. FIAN-Deutschland ist Teil von FIAN International mit Mitgliedern in 60 Staaten Afrikas, Amerikas, Asiens und Europas.  
Kontakt: Armin Paasch, Tel. (0221) 702 00 72, [a.paasch@fian.de](mailto:a.paasch@fian.de)

### Germanwatch

... engagiert sich seit 1991 für Nord-Süd-Gerechtigkeit und eine zukunftsfähige globale Entwicklung. Die Themen sind Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung. Im Fokus steht die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt der Arbeit. Ziel der Tätigkeiten ist es, eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung zu bilden. Dabei stellen der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Medien- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen die zentralen Elemente dar.  
Kontakt: Andrea Taubert, Sekretariat, Tel. (0228) 604 92-16, [taubert@germanwatch.org](mailto:taubert@germanwatch.org)

## Jenseits des Freihandels

### Handelsregeln für eine global zukunftsfähige Landwirtschaft

In der Theorie ist es ganz einfach: Man liberalisiere den Markt und nutze möglichst effizient die Wettbewerbsvorteile. Dann profitieren die Menschen weltweit auf kurz oder lang von einem höheren Wohlstand. In der Praxis scheitert dieses Rezept meist an der Komplexität der Welt. So zeigen die konkreten Erfahrungen der bisherigen Liberalisierung im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und anderer bilateraler Handelsabkommen, dass sich trotz Wirtschaftswachstum die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter öffnet und eine Marktöffnung fatale Folgen für Ökosysteme und kulturelle wie biologische Vielfalt mit sich bringen kann.

Dies gilt vor allem für die Landwirtschaft, die wie kaum ein anderer Wirtschaftszweig unmittelbar mit Ökosystemen und sozialen Gemeinschaften in Zusammenhang steht. Die Globalisierung des Agrarhandels verschärft den Wettbewerb und führt dazu, dass lediglich die Produktionsleistungen der Landwirtschaft entlohnt werden. All die anderen wichtigen Leistungen, die eine nachhaltige

Landwirtschaft erbringt, beispielsweise Ernährungssicherheit für Bäuerinnen und Bauern, Vielfalt von Nutztier- und Pflanzenarten, Erhaltung von Ressourcen wie Boden und Wasser und eine vielfältige Kulturlandschaft, werden durch eine Deregulierung weder geschützt noch gefördert, sondern geraten zunehmend unter Druck.

Wie aber könnte ein Welthandelsregime aussehen, das gleichwertig zu den ökonomischen auch die ökologischen und sozialen Leistungen der Landwirtschaft anerkennt, und welche Elemente müsste es enthalten, um einen nachhaltigen Agrarhandel zu fördern? Diesen Fragen geht das Project »EcoFair Trade Dialogue« in einem weltweiten Dialogprozess mit Vertretern aus Süd und Nord, Zivilgesellschaft, Politik und Wissenschaft nach. Herausgekommen ist im Jahr 2007 ein konkreter Vorschlag für ein multilaterales Abkommen, das eine zukunftsfähige Alternative zur WTO, aber auch zu bilateralen Freihandelsabkommen wie den Economic Partnership Agreements (EPAs) entwirft.

Die vielfältigen Vorschläge des EcoFair

Trade Dialogue setzen im Kern auf eine doppelte Strategie: erstens den nationalen Handlungsspielraum von Regierungen wieder herzustellen und zweitens den Welthandel nicht zu deregulieren, sondern zu qualifizieren. Dazu gehört es auch, Importe anhand sozialer und ökologischer Kriterien zu regulieren. Über Jahre hinweg haben subventionierte Importe aus Industrieländern die Landwirtschaft im Süden unter enormen Druck gesetzt und viele kleinere Produzenten vom Markt verdrängt. Hinzukommt, dass ein großer Teil der Produktionskosten, die etwa durch starken Pestizid- und Düngemittelnutzung, sinkenden Grundwasserspiegel oder abnehmende Biodiversität entstehen, auf die Gesellschaft abgewälzt wurden. Der Vorschlag des EcoFair Trade Dialogue eröffnet Ländern die Möglichkeit, umwelt- und sozialverträgliche Importe gegenüber konventioneller Ware systematisch zu begünstigen. So würde der Welthandel nicht mehr zu einem race-to-the-bottom führen, sondern zu einem race-to-the-top.

CHRISTINE CHEMNITZ UND TILMAN SANTARIUS  
Mehr Informationen zum EcoFair Trade Dialogue und Downloads unter [www.ecofair-trade.org](http://www.ecofair-trade.org)  
Christine Chemnitz ist Referentin für internationalen Agrarhandel bei der Heinrich-Böll-Stiftung. Tilman Santarius ist Projektleiter am Wuppertal Institut und Vorstandsmitglied bei Germanwatch. Beide koordinieren zusammen mit Mute Schimpf, Misereor, den EcoFair Trade Dialogue.